



## Migration, Flüchtlinge und die Vereinten Nationen



### EINLEITUNG

Hätte man auf die Vereinten Nationen und ihre Organisatoren gehört, wäre Europa nicht so unvorbereitet in die „Flüchtlingskrise“ in den Jahren 2015/2016 hineingeschlittert. Bereits vor 25 Jahren stellte die damalige Hohe Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen, Sadako Ogata, fest: „Eine stabile Welt bekommt man nicht, wenn man seine Türen vor dem Elend schließt.“ Ihr war klar, dass Flüchtlings- und Migrationsbewegungen weiterbestehen werden, wenn es nicht zu Veränderungen in der internationalen Migrationspolitik, aber auch im Weltwirtschaftssystem kommt. Schon damals war das gesamte Bruttosozialprodukt der Region Afrika südlich der Sahara geringer als das von Belgien. Schon damals gingen der sogenannten Dritten Welt durch die europäischen Handelsbeschränkungen Einnahmen verloren, die zehnmal so hoch waren wie der gesamte finanzielle Umfang der westlichen Entwicklungshilfe und schon damals waren 1,5 Milliarden Menschen unterernährt. 55 000 verhungerten täglich, was in einem Monat der Einwohnerzahl von Hamburg entspricht.



Bereits 2004 sagte der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan vor dem Europäischen Parlament, ein Europa, das sich abschließe, wäre ärmer, schwächer und älter. Wenn es jedoch gelinge, die Einwanderung gut zu lenken, werde Europa fairer, reicher, stärker und jünger sein. „Einwanderer

brauchen Europa, aber Europa braucht auch Einwanderer“, so Kofi Annan im Blick auf den dramatischen Bevölkerungsrückgang in Europa. Nicht nur in diesem Zusammenhang, sondern auch in Bezug auf die weltweiten Flüchtlingsbewegungen, setzte Annan eine „Weltkommission für Internationale Migration“ ein, die nach 18 Monaten intensiver Arbeit ihren Bericht vorlegte. Mit dem Bericht wurde klar, dass Migration und Flucht fast alle Staaten auf der Welt betrifft und dass kein Land die Probleme, die

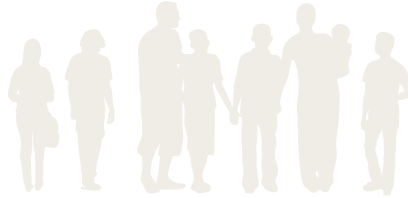
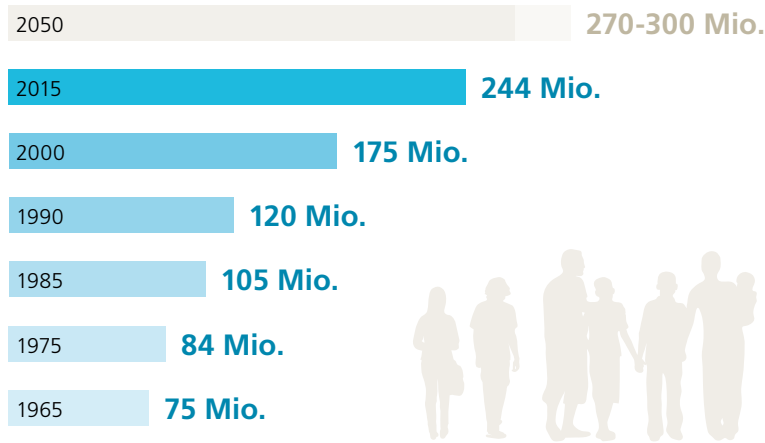


Anlässlich des Internationalen Tages der Migration, erklärte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres am 18.12.2017 „Es hat sich gezeigt, dass Migranten überall zu positiven ökonomischen, sozialen und kulturellen Veränderungen in den jeweiligen Gesellschaften beitragen. [...] Dennoch wird ihnen oft Feindseligkeit entgegengebracht. Sich solidarisch mit ihnen zu zeigen, war nie dringender als heute.“  
Foto: UN Photo / Mark Garden

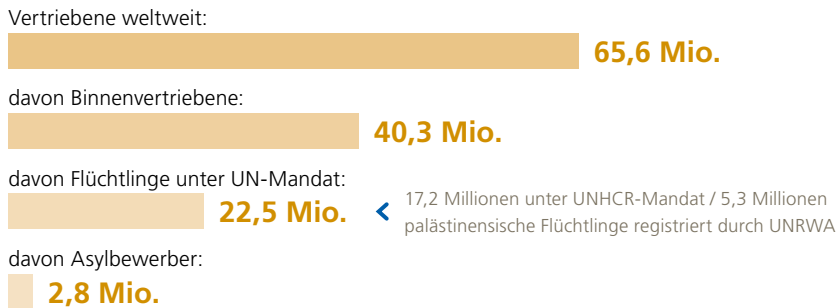


Syrische Kurden 2014 bei der Flucht in die Türkei in der Nähe der Stadt Kobanê. Der 2011 in Syrien begonnene Bürgerkrieg hat die größten Fluchtbewegungen ausgelöst, denen sich die Weltgemeinschaft seitdem gegenüber sieht. Foto: UNHCR / I. Prickett

Zahl der Migranten, die seit mehr als einem Jahr außerhalb ihres Heimatlandes leben



Zahl der weltweit Vertriebenen (2016)



daraus erwachsen, alleine regeln kann. Vielmehr sind – so der Bericht der Weltkommission – gemeinsame und kohärente Lösungsansätze notwendig, wobei gerade auch die positive Seite der Migration nicht aus den Augen verloren werden darf. Die vielen Vorschläge zur Verbesserung der Integration der Migrantinnen und Migranten oder die Auseinandersetzung mit der irregulären Migration fanden dennoch bis heute nur wenig Eingang in die internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik.

65,6 MILLIONEN FLÜCHTLINGE WELTWEIT

Dabei hat sich das „Weltflüchtlingsproblem“ seither eher verschärft. Kriege, Bürgerkriege, massive Menschenrechtsverletzungen, Hunger, Armut und Umweltkatastrophen – das sind einige Ursachen für Menschen ihre Heimat zu verlassen. Die Grenzen zwischen den Gründen, ob Flüchtlinge sich aus wirtschaftlicher Not oder politischer Verfolgung auf den Weg machen, sind fließend. In den letzten Jahren entstand der Eindruck, als

Nach Angaben des UNHCR beherbergt Jordanien 636.000 syrische Flüchtlinge. Sechs Kilometer von der syrischen Grenze entfernt befindet sich das Flüchtlingslager Zaatari, eines der weltgrößten Flüchtlingslager. Foto: World Bank / Dominic Chavez



würde die Mehrzahl der Flüchtlinge nach Deutschland kommen, dabei nehmen arme Entwicklungsländer viel mehr Geflüchtete auf. Die Mehrzahl, rund 90 Prozent, bleibt im eigenen Land oder flieht in Nachbarländer, nicht in die reichen Industrieländer Europas. Die Zahl der Flüchtlinge auf der Welt hat mit 65,6 Millionen im Jahre 2016 erneut eine traurige Rekordmarke erreicht, die größer ist als die Bevölkerung Großbritanniens. Über 40 Millionen sind Binnenvertriebene, also Menschen, die vor Konflikten und Gewalt im eigenen Land auf der Flucht sind. Das entspricht zwei Drittel aller Flüchtlinge weltweit. Hinzu kommen mehr als 22 Millionen Flüchtlinge, die sich außerhalb ihres Landes befinden, ebenfalls wieder die höchste Zahl seit Menschengedenken. Zum Verantwortungsbereich des Hochkommissariats für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) zählen davon 17,2 Millionen, von den Übrigen sind über etwa fünf Millionen palästinensische Flüchtlinge, die nicht unter das Mandat

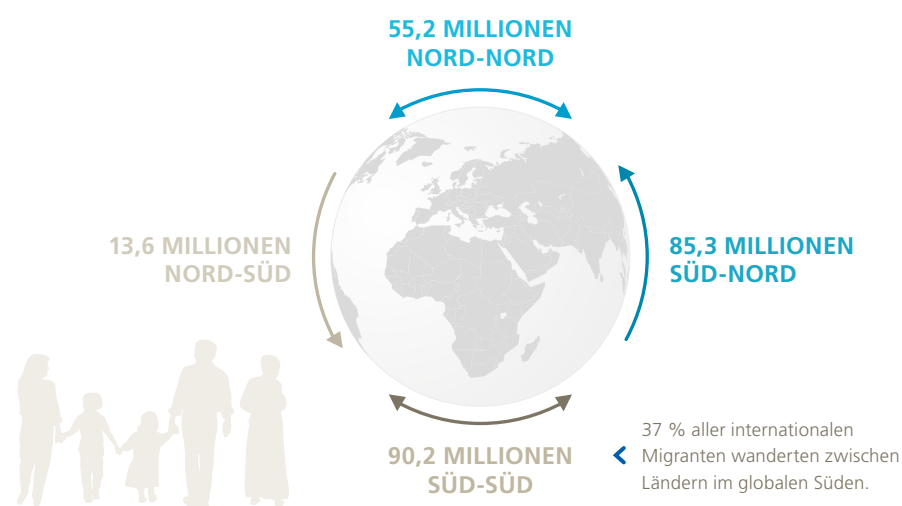
von UNHCR fallen und international fast in Vergessenheit geraten sind. Für sie ist das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees, UNRWA) zuständig.

Besonders besorgniserregend: Die Hälfte aller Flüchtlinge sind Kinder. Der seit dem Eingreifen Saudi-Arabiens noch einmal massiv verschärfte Bürgerkrieg im Jemen hat 2,5 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen, die nicht nach Europa gekommen sind. Das Elend der syrischen Flüchtlinge sieht so aus: 6,6 Millionen sind Heimatvertriebene im eigenen Land. 4,9 Millionen flüchteten ins Ausland, vor allem in

Nachbarländer. Alles in allem entspricht das etwa der Hälfte der Bevölkerung Syriens vor Ausbruch des Krieges, der 250 000 Todesopfer gefordert hat. 1,2 Millionen haben im Libanon Schutz gefunden, der bereits bis Ende 2014 insgesamt 7,5 Milliarden US-Dollar für die Bewältigung der „Flüchtlingskrise“ aufbringen musste. Im Libanon sind seit Jahren über 20 Prozent der Bevölkerung Flüchtlinge, in einem Land halb so groß wie Sachsen. Auf Deutschland übertragen, wären das 16 Millionen.

Insgesamt sind rund 244 Millionen Menschen als Migranten unterwegs. Prozentual gesehen ist ihr Anteil an der Weltbevölkerung aber kaum gestiegen: von 2,3 Prozent

#### Migration zwischen den Hemisphären (2015)



Die Statistiken basieren auf Zahlen von International Organisation for Migration, Global Commission on International Migration, United Nations High Commissioner for Refugees, United Nations Population Fund. Quellen: S. Angenendt (2017): Das Global Forum on Migration and Development 2017 – Zentrale Herausforderungen und Erwartungen. Verne-Konferenz; International Organisation for Migration (2016): Global Migrations Trends 2015; United Nations High Commissioner for Refugees (2017): Global Trends: Forced Displacement in 2016.

#### Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen

	2016	2015
Syrien	5.500.448	4.850.792
Afghanistan	2.488.689	2.662.954
Südsudan	1.436.651	778.629
Somalia	1.012.323	1.123.022
Sudan	646.036	622.463
Demokratische Republik Kongo	537.265	541.291
Zentralafrikanische Republik	490.892	471.104
Eritrea	431.704	379.766
Burundi	408.085	292.764
Irak	307.986	261.107

#### Hauptaufnahmeländer für Flüchtlinge

	2015	2016
Türkei	2.869.421	2.541.352
Pakistan	1.352.560	1.561.162
Libanon	1.012.969	1.070.854
Iran	979.435	979.437
Uganda	940.835	477.187
Äthiopien	791.631	736.086
Jordanien	685.197	664.118
Deutschland	669.482	316.115
Demokratische Republik Kongo	451.956	383.095
Kenia	451.099	553.912



im Jahr 1970 auf 3,3 Prozent in 2015, dem Jahr der sogenannten Flüchtlingskrise. Das heißt, immer noch bleibt fast 100 Prozent der Menschheit in seiner Heimat und macht sich nicht auf den Weg ins reiche Europa.

### VERSAGT EUROPA?

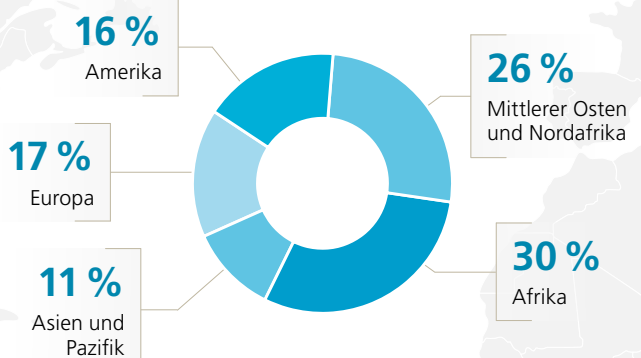
Die aktuelle „Flüchtlingskrise“ ist nicht neu und keine „Krise der Flüchtlinge“, sondern eine Krise nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik, ja der Europäischen Union. Die EU hat dabei zugesehen, wie das Mittelmeer zum Massengrab geworden ist. Zwar ist die Zahl der Flüchtlinge und Migranten, die im Laufe des Jahres 2017 über das Mittelmeer Europa erreicht haben, um ungefähr die Hälfte gegenüber dem Jahr zuvor auf rund 172 000 gesunken. Allerdings sind dabei immer noch 3 116 Menschen ums Leben gekommen. Wieder kamen die meisten (rund 70 Prozent) nach Italien, die restlichen nach Griechenland, Spanien und Zypern. Die europäische Grenze im Mittelmeer bleibt bei weitem die tödlichste der Welt. Zu diesem Ergebnis kam ein Bericht der Internationalen Organisation für Migration (IOM) am 24. November 2017. Im Zeitraum zwischen 2000 und 2017 ertranken mindestens 33 761 Migranten und Flüchtlinge oder gelten als vermisst. Diese entspricht in etwa der Einwohnerzahl einer

deutschen Kreisstadt wie Saarlouis oder Hoyerswerda. Die höchste Zahl an Toten, 5 096, war im Jahre 2016 zu beklagen, nachdem die kurze und relativ weniger gefährliche Route von der Türkei nach Griechenland als Folge des Abkommens zwischen der EU und der Türkei geschlossen worden war. Die IOM weist auch auf die unsichere Datenlage bei der irregulären Migration hin. Das gilt insbesondere für die Zahl der Toten und Vermissten, die anhand der toten Flüchtlinge, die gefunden werden, und aufgrund von Augenzeugenberichten geschätzt wird. Von einer hohen Dunkelziffer ist daher auszugehen. In der Sahara, durch die sich viele Flüchtlinge und Migranten auf den Weg auf die vermeintliche Wohlstandinsel Europa machen, bleiben viele Menschen im wahren Sinne des Wortes auf der Strecke. IOM schätzt, dass dreimal so viele Menschen in der Wüste ums Leben kommen wie auf dem Mittelmeer. Männer, Frauen und Kinder machen sich unter Lebensgefahr auf den Weg, oft Schleppten und Menschenhändlern ausgeliefert, weil ihnen praktisch keine legalen Zugangswege zur Verfügung stehen. Zwar betonen die europäischen Staaten immer wieder, man müsse solche Möglichkeiten schaffen, in Wirklichkeit hat sich Europa jedoch in den letzten Jahren immer mehr abgeschottet und seine Grenzen durch fragwürdige Abkommen mit der Türkei und afrikanischen Staaten immer weiter nach außen verlagert.

### DIE ROLLE DEUTSCHLANDS

Deutschland ist schon seit geraumer Zeit ein Einwanderungsland. Ein Blick auf die Einwanderungsgeschichte relativiert daher die aktuellen Flüchtlings- und Zuwanderungszahlen: Nach dem Zweiten Weltkrieg flüchteten rund 12,5 Millionen deutsche Heimatvertriebene in die Bundesrepublik. Von 1955 bis 1973 sind rund 14 Millionen „Gastarbeiter“ ins Land geholt worden, von denen etwa 11 Millionen wieder in die Heimat zurückgekehrt sind. 5 Millionen Spätaussiedler, vor allem sogenannte „Russlanddeutsche“ fanden eine neue Heimat in der Bundesrepublik. Anfang der 1990er Jahre hatten sich in Folge des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien rund eine halbe Million Asylanträge angestaut. Aber anstatt auf all diesen Erfahrungen mit Flucht und Zuwanderung aufzubauen, das Thema aus der historischen Erfahrung heraus mit Ruhe und Gelassenheit anzugehen, verfällt die Migrationspolitik bei jeder neuen „Einwanderungswelle“ in Panik und versucht mit allen Mitteln die Zahlen einzudämmen. Einwanderung bei allen Problemen auch als Gewinn und Chance für das Land zu sehen, davon sind wir immer noch sehr weit entfernt. Dabei leben bereits 18,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, d.h. sie selbst oder zumindest ein Elternteil ist eingewandert,

Wo die Vertriebenen der Welt aufgenommen werden (2016)



**2,9 MILLIONEN MENSCHEN**

Im dritten Jahr in Folge beherbergt die Türkei mit 2,9 Millionen Menschen die größte Anzahl an Flüchtlingen weltweit, Hauptaufnahmeländer sind außerdem noch Pakistan und Libanon.

**55 %**

Mehr als die Hälfte (55 %) aller Flüchtlinge weltweit kommen aus lediglich drei Ländern: Syrien, Afghanistan und Südsudan.

das entspricht 22,5 Prozent der Bevölkerung. In den Jahren 2015/2016 entstand der fatale Eindruck, als würde Deutschland von 890 000 Flüchtlingen „überannt“, als seien die Grenzen für weitere „Millionen“ unkontrolliert offen. Die Entscheidung, in einer Ausnahmesituation im Herbst 2015 eine große Anzahl von Flüchtlingen aufzunehmen, war richtig und ein wichtiges weltweites Signal für eine humane Flüchtlingspolitik. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sowohl vorher als kurz darauf die Politik darauf ausgerichtet war, die Grenzen vor Flüchtlingen und Migranten abzuschotten. Vergeblich hat sich Deutschland in den letzten Jahren darum bemüht, ein gerechtes System der Verteilung der Flüchtlinge auf die europäischen Staaten zu erreichen. Was nicht nur in Deutschland fehlt, ist eine umfassende Einwanderungsgesetzgebung, wobei man sich allerdings darüber im Klaren sein muss, dass damit nicht das internationale Flüchtlingsthema abgehakt ist, sondern weiterhin eine Herausforderung bleiben wird.



^ Mehr als drei Millionen Südsudanesen mussten ihre Heimat auf der Suche nach Sicherheit und Zuflucht verlassen. Durch die Kämpfe und eine anhaltende Dürre drohte eine Hungersnot. Mitte Juni 2017 besuchte Filippo Grandi, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, das Camp und sprach mit den Familien vor Ort. Foto: Flickr / UNMISS Multimedia

## UN-INSTITUTIONEN, DIE SICH MIT DEN FOLGEN UND URSACHEN VON FLUCHT UND MIGRATION BESCHÄFTIGEN (Auswahl)

**ILO** (International Labour Organization): Die Internationale Arbeitsorganisation befasst sich mit Migration insbesondere im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen von Wanderarbeitnehmern. ([www.ilo.org](http://www.ilo.org))

**IOM** (International Organisation for Migration): Die Internationale Organisation für Migration hilft beim Migrationsmanagement und wurde der Staatengemeinschaft 1951 gegründet. Sie hat zurzeit 165 Mitgliedstaaten und ist seit September 2016 als sogenannte verwandte Organisation Teil des Systems der Vereinten Nationen. ([www.iom.int](http://www.iom.int))

**OHCHR** (Office of the High Commissioner for Human Rights): Das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte setzt sich für die universelle Umsetzung aller Menschenrechte ein und arbeitet in den Bereichen Flucht und Verfolgung, Arbeit und Menschenhandel. ([www.ohchr.org](http://www.ohchr.org))

**UNESCO** (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization): Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur verfolgt in ihrem Programm zu internationaler Migration die Absicht, die Achtung der Rechte von Migranten zu fördern sowie zu deren Eingliederung in die Einwanderungsgesellschaften beizutragen. ([www.unesco.org](http://www.unesco.org))

**UNHCR** (United Nations High Commissioner for Refugees): Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen setzt sich gegen Verfolgung und für Migranten ein. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt im weltweiten Flüchtlingsschutz und den damit verbundenen Problemen. ([www.unhcr.ch](http://www.unhcr.ch))

**UNODC** (United Nations Office on Drugs and Crime): Innerhalb des UN-Büros für Drogen und Verbrechensbekämpfung arbeitet das Centre for International Crime Prevention (CICP) mit den Mitgliedstaaten u. a. an der Bekämpfung der wachsenden Bedrohungen durch transnationales organisiertes Verbrechen, Korruption und Menschenhandel. ([www.unodc.org](http://www.unodc.org))

**UNO Flüchtlingshilfe** In Deutschland ist die UNO-Flüchtlingshilfe seit 1980 der Spendenpartner des UNHCR. Der Verein hat das DZI-Spendensiegel und ist Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. ([www.uno-fluechtlingshilfe.de](http://www.uno-fluechtlingshilfe.de))

**UNFPA** (United Nations Fund for Population Activities): Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen nahm seine Arbeit 1969 auf und ist heute die größte internationale Organisation zur Förderung von bevölkerungspolitischen Programmen und Maßnahmen reproduktiver Gesundheit. ([www.unfpa.org](http://www.unfpa.org))

**UN Population Division** Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen arbeitet der UN Commission on Population and Development – einer Kommission des ECOSOC – zu und entwickelt regelmäßig demografische Projektionen zur Entwicklung der Weltbevölkerung. ([www.un.org/esa/population/unpop.htm](http://www.un.org/esa/population/unpop.htm))

**UNRWA** (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East): Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinäerflüchtlinge im Nahen Osten wurde von 1949 ins Leben gerufen. Ursprünglich nur mit einem einjährigen Mandat ist UNRWA heute eine der größten Unterorganisationen der Vereinten Nationen und für 5,6 Millionen Menschen in Jordanien, Syrien, dem Libanon, dem Gaza-Streifen sowie im Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem zuständig. ([www.unrwa.org](http://www.unrwa.org))

**WHO** (World Health Organisation): Die Weltgesundheitsorganisation beschäftigt sich mit Migration v. a. im Zusammenhang mit der Wanderung von Fachkräften im Gesundheitswesen, gesundheitlichen Folgen von erzwungener Migration (z.B. Traumatisierung) sowie der Gesundheitsversorgung von Migranten im Zielland. ([www.who.int](http://www.who.int))





## DIE ROLLE DER VEREINTEN NATIONEN

Den Vereinten Nationen kommen bei der Bewältigung der weltweiten Migrations- und Flüchtlingsbewegungen mehrere Aufgaben zu. Steuerung von Migration und Flüchtlingsschutz, oder noch besser, dafür zu sorgen, dass es gar nicht erst zu Flucht kommen muss. Gebetsmühlenartig erklingt es deshalb immer wieder: Beseitigung der Fluchtursachen! Dabei sind die Vereinten Nationen auf die Unterstützung der UN-Mitgliedstaaten angewiesen. 1990 hat die Bundesregierung diesen Grundsatz verankert. Eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesinnenministeriums beschäftigte sich ein Jahr später mit der Fortschreibung dieser Flüchtlingskonzeption. Unter anderem forderte sie den Aufbau demokratischer Strukturen sowie eine strukturelle „Veränderung der Rahmenbedingungen innerhalb der Entwicklungsländer und zwischen Entwicklungs- und Industrieländern“. An Ideen und guten Vorschlägen fehlt es also lange schon nicht, auch nicht an Versprechungen und hoffnungsvoll

verkündeten Plänen. Nur an der Umsetzung hapert es regelmäßig. So haben sich die reichen Länder vor über 40 Jahren verpflichtet, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe auszugeben. Davon sind viele aber noch weit entfernt. Deutschland erreichte im Jahr 2015 schätzungsweise 0,41 Prozent, wobei diese Quote auch Leistungen der Länder und Kommunen enthält, etwa die von den Ländern aufgebrachten Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern. Inzwischen kommt Deutschland zum ersten Mal auf die angestrebte Marke von 0,7 Prozent, weil die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen eingerechnet werden, was aber mit dem eigentlichen Zweck der Entwicklungshilfe und der Armutsbekämpfung vor Ort nichts zu tun hat. Ohne die Ausgaben für die Flüchtlinge liegt die Quote wie in den vergangenen Jahren bei rund 0,52 Prozent. Die Höhe der Entwicklungshilfe erscheint allerdings eher bescheiden, wenn man bedenkt, dass die „Gastarbeiter“, die Arbeitsmigranten, pro Jahr nach Angaben der Weltbank 575 Milliarden US-Dollar nach Hause überweisen und damit ganze Länder

Wirtschaftsfaktor Rücküberweisungen (remittances). In vielen Ländern des globalen Südens wie zum Beispiel Somalia ist die Wirtschaft dringend auf die Rücküberweisungen von in Europa oder Nordamerika lebenden Migranten angewiesen. Viele Auswanderer könnten ihren Angehörigen und Freunden in der Heimat sogar noch viel mehr Geld schicken, wenn die Gebühren, die manche Banken verlangen, nicht so hoch wären. Teilweise liegen sie bei 10 Prozent und mehr.  
Foto: UN Photo / Stuart Price

unterstützen. Das ist schon seit langem drei Mal so viel, wie weltweit an Entwicklungshilfe gezahlt wird.

Entwicklungszusammenarbeit kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Menschen nicht aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen müssen. Aber es ist naiv zu glauben, durch sie allein könne man die Fluchtursachen wirkungsvoll bekämpfen. Wie schwer es ist, diese einzudämmen, zeigt sich gerade am Beispiel Syriens. Erschwerend kommt hinzu, dass Unternehmen in Industrieländern an den Konflikten in der Dritten Welt gut verdienen, da sie die Waffen produzieren, mit denen die Konflikte ausgefochten werden. Der wesentlich durch die Industrieländer verursachte

Klimawandel löst weitere Flüchtlingsbewegungen aus. Denn weltweit steigt die Zahl der Menschen, die auf Grund von Umweltkatastrophen flüchten. Diese werden nicht durch die Genfer Flüchtlingskonvention und andere Abkommen erfasst.

Schwere Menschenrechtsverletzungen durch diktatorische Regime sind eine weitere Fluchtursache. Hier kann Entwicklungshilfe sogar kontraproduktiv wirken, indem sie diese Regime stützt und stärkt. Zu den Fluchtursachen zählen aber auch die verheerenden Folgen der militärischen Interventionen des Westens, insbesondere der USA im Nahen Osten. Durch sie ist eine ganze Region destabilisiert worden – und nicht erst in den letzten Jahren. Nicht wenige Konflikte im Nahen Osten ebenso wie in Afrika haben ihre historischen Wurzeln in der Kolonialzeit mit ihren willkürlichen Grenzziehungen.

Fluchtbewegungen können aber auch durch eine zu zögerliche oder unzureichende Intervention durch die internationale Gemeinschaft verstärkt werden. So müsste zum Beispiel das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen mit mehr Geld und Personal ausgestattet werden. UNHCR leidet unter chronischen personellen und finanziellen Problemen, da es nur zwei Prozent seiner Gelder aus dem UN-Budget erhält. Bei dem Rest – mehr als eine Milliarde Dollar im Jahr – ist es auf die freiwilligen Leistungen der Geberländer

angewiesen. In den Flüchtlingslagern rund um Syrien mussten daher die Nahrungsmittelrationen gekürzt werden, weil nicht mehr genügend finanzielle Hilfsmittel zur Verfügung standen. Angesichts dieser Misere und ohne Aussicht auf ein Ende des Krieges in ihrer Heimat verwundert es nicht, dass sich so viele Flüchtlinge auf den Weg nach Europa gemacht haben. Die unzureichende Ausstattung des UNHCR hat daher bei der Vorgeschichte der neuesten „Flüchtlingskrise“ eine fatale Rolle gespielt.

#### VERHANDLUNGEN AUF UN-EBENE

Im Dezember 2017 stieg die US-Regierung aus dem Prozess für ein globales Abkommen zum Schutz von Migranten und Flüchtlingen aus, das ein Jahr zuvor unter Trumps Vorgänger Barack Obama ins Leben gerufen worden war. Ziel dieser UN-Verhandlungen für einen „Global compact for safe, regular and orderly migration“ ist die Stärkung internationaler Zusammenarbeit beim Thema Flüchtlinge und Migration. Inwiefern sich die Pläne, bis Ende 2018 endlich weltweit die Migrations- und Flüchtlingspolitik vernünftig und unter humanitären Gesichtspunkten zu regeln, nun realisieren lassen, ist gegenwärtig offen. Deutschland kommt in der europäischen Migrationspolitik und auch im globalen Kontext in jedem Fall eine wichtige Rolle zu. Mit Marokko hat es 2017 und 2018 auch den Vorsitz im Globalen Forum für Migration und Entwicklung

#### FLÜCHTLINGSDEFINITION NACH DER GENFER KONVENTION UND DEM PROTOKOLL VON 1967

Als Flüchtling gilt jede Person, „die aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und dorthin nicht zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.“

(GFMD) inne, das 2007 gegründet wurde. Die Arbeit dieses Gremiums steht unter dem Motto „Auf dem Weg zu einem globalen Gesellschaftsvertrag für Migration und Entwicklung“. Dabei soll vor allem der Interessenausgleich im Rahmen regulärer und geordneter Migration zwischen Migranten und ihren Herkunfts-, Transit- und Zielländern behandelt werden. Allerdings haben die Beschlüsse des GFMD nur empfehlenden Charakter. Migration und Flucht werden weit oben auf der Agenda der Vereinten Nationen bleiben, Lösungen erfordern internationale Zusammenarbeit.

### ERKLÄRUNG DER DGVN ZUM INTERNATIONALEN TAG DER MIGRANTEN VOM 18. DEZEMBER 2017

#### „Deutschland spielt wichtige Rolle in der internationalen Migrationspolitik“

Anlässlich des Internationalen Tages der Migranten fordert der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) die Bundesregierung auf, „Kurs zu halten“ und kritisiert, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sich aus den Verhandlungen für einen „Global compact for safe, regular and orderly migration“ zurückgezogen haben. „Nach dem Austritt aus der UNESCO, restriktiveren US-amerikanischen Finanzleistungen für das System der Vereinten Nationen, dem Aufkündigen des Klimaübereinkommens von Paris und der ‚Jerusalem-Entscheidung‘ zeigt sich ein weiteres Mal, dass die gegenwärtige US-Regierung wenig Interesse daran hat, globale Herausforderungen im Rahmen von Vereinbarungen der Vereinten Nationen zu lösen“, sagt der Vorsitzende der DGVN Detlef Dzembritzki. Dies sei umso bedauerlicher, als gerade die USA Motor und Motivator für die Idee und die Gründung der Vereinten Nationen

gewesen sind. Der Internationale Tag der Migranten gibt Anlass darüber nachzudenken, dass die USA selbst eine Nation sind, die immer stolz darauf geblickt hat, selbst das Zielland von Migrantinnen und Migranten aus aller Welt zu sein.

„Klar ist auch, dass Migration große Herausforderungen sowohl für die Ziel- wie auch für Herkunftsländer mit sich bringt, aber auch Gewinn sein kann. Gerade deshalb ist es wichtig, dass sich die Vereinten Nationen global um kollektive Lösungen unter der Wahrung menschenrechtlicher Aspekte bemühen,“ unterstreicht der Migrationsbeauftragte im DGVN-Vorstand Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun. Deutschland, das sich 2017/2018 mit Marokko bereits den Vorsitz im Globalen Forum über Migration und Entwicklung teilt, ist aufgefordert, sich im UN-Prozess für den Globalen Pakt weiter aktiv einzubringen.

Globale Verantwortung zeigt sich darin, dass man Chancen für internationale Zusammenarbeit auch dann sucht, wenn sich andere Staaten zurückziehen. „Die Vereinten Nationen sind nicht vollkommen, aber ein guter Deal. Der beste, den wir weltweit haben,“ so Meier-Braun weiter.

Auch innenpolitisch stellt Migration eine Herausforderung dar. Zuletzt hatte die DGVN deshalb in ihrem Forderungskatalog zur Bundestagswahl 2017 darauf hingewiesen, dass innerhalb Deutschlands und der EU durch ein Einwanderungsgesetz mehr sichere und legale Zuwanderungswege zu schaffen sind – auch um das unbegrenzte Recht auf Asyl zu schützen. Für DGVN-Vorstand Karl-Heinz Meier-Braun muss dies bei den Verhandlungen über eine neue Bundesregierung nun ebenso Berücksichtigung finden wie der Schutz von Ehe und Familie für anerkannte Flüchtlinge.





▲ Umweltbedingte Flüchtlingsbewegungen nehmen zu. 2008 flüchteten beispielsweise zahlreiche Menschen in Myanmar vor dem Zyklon Nargis.  
Foto: UNHCR / S. Kritsanavarin

## WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

### Aktuelle Bücher des Autors:

- Karl-Heinz Meier-Braun: Schwarzbuch Migration. Die dunkle Seite unserer Flüchtlingspolitik. München 2018 (im Erscheinen).
- Ders.: Die 101 wichtigsten Fragen: Einwanderung und Asyl. München 2017.

### Literaturhinweise:

- Steffen Angenendt/Anne Koch: „Global Migration Governance“ im Zeitalter gemischter Wanderungen. Forderungen für eine entwicklungsorientierte Migrationspolitik, Berlin 2017.
- Klaus J. Bade: Migration – Flucht – Integration. Kritische Politikbegleitung von der „Gastarbeiterfrage“ bis zur „Flüchtlingskrise“. Erinnerungen und Beiträge, Karlsruhe 2017.
- Petra Bendel: EU-Flüchtlingspolitik in der Krise. Blockaden, Entscheidungen, Lösungen, Bonn 2017.
- DGVN (Hrsg.): „Menschen auf der Flucht“, Themenheft der Zeitschrift Vereinte Nationen Nr. 5/17 (u. a. mit den Beiträgen von Martin Geiger, Die Rolle der IOM im UN-System, S. 201ff., Anne Koch, Ein Jahr nach den New Yorker Gipfeln, S. 195ff., Walter Kälin, Klimaflüchtlinge oder Katastrophenvertriebene?, S. 207ff.).

- Nicole Hirt: Die Afrika-Strategie der EU: Abschottung statt Fluchtursachenbekämpfung, Hamburg 2017 (GIGA Focus Afrika, Nr. 3 vom 2.8.2017).
- International Organization for Migration (IOM): World Migration Report 2018, Genf 2017.
- Dina Ionesco et al: Atlas der Umweltmigration, München 2017.
- Jochen Oltmer: Globale Migration. Geschichte und Gegenwart, München 2016.
- Bettina Rühl: Ein Mensch für 730 Euro. IPG Internationale Politik und Gesellschaft vom 28. November 2017.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Chancen in der Krise: Zur Zukunft der Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa. Jahresgutachten 2017. Berlin 2017.
- UNHCR: Global Trends. Forced Displacement in 2016. Genf 2017.

Diese Ausgabe der UN-Basis-Informationen erscheint auch online auf:  
[www.dgvn.de/un-basis-informationen](http://www.dgvn.de/un-basis-informationen)

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.  
Zimmerstraße 26/27 | D-10969 Berlin  
info@dgvn.de | [www.dgvn.de](http://www.dgvn.de)  
[www.facebook.com/dgvn.e.V](https://www.facebook.com/dgvn.e.V) | [twitter.com/dgvn\\_de](https://twitter.com/dgvn_de)

ISSN: 1614-5453 | Stand: Dezember 2017

Text: Prof. Karl-Heinz Meier-Braun  
Redaktion: Jana Krieg, Dr. Alfredo Märker  
Gestaltung: Cornelia Agel, sevenminds.de  
Fotorecherche: Katharina Wall



Klimaneutral gedruckt auf 100%-Recycling-Papier  
Gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen  
braucht Sie als Mitglied.



Für Frieden.  
Für Klimaschutz.  
Für Menschenrechte.  
Für menschliche Entwicklung.  
Für mehr Wissen.

[www.dgvn.de/mitgliedschaft](http://www.dgvn.de/mitgliedschaft)